

# BND soll deutschen Diplomaten ausspioniert haben

Die Opposition bezeichnet dies als Rechtsbruch. Geheimdienst spähte offenbar auch internationale Organisationen aus

VON MARKUS DECKER

In der Affäre um die Spionagetätigkeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) sind neue Details bekannt geworden. Nach Informationen des RBB-Inforadios spionierte der BND unter anderem den französischen Außenminister Laurent Fabius, den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, die Weltgesundheitsorganisation WHO und das UN-Kinderhilfswerk Unicef aus.

## Teilweise Aufklärung

Auch der aus Deutschland stammende EU-Diplomat Hansjörg Haber sei abgehört worden, obwohl er als Deutscher vom Grundgesetz geschützt sei und nicht hätte ausspioniert werden dürfen, hieß es. Haber war von 2008 bis 2011 Leiter der EU-Beobachtermission in Georgien und leitete danach den Planungsstab des Diplomatischen Dienstes der EU in Brüssel. Zurzeit ist er EU-Botschafter in der Türkei.

Mitte Oktober war bekannt geworden, dass der BND bis zum Herbst 2013 umfassend Verbündete ausspähte. Medien waren dem Auslandsgeheimdienst auf die Spur gekommen. Kanzleramt und BND entschlossen sich kurz vor einer nahenden Veröffentlichung, in die Offensive zu gehen und die Karten im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) teilweise auf den Tisch zu legen. Sie behaupteten, BND-Präsident Gerhard Schindler habe den damaligen Kanzleramtschef Ronald Pofalla im Oktober 2013 über die seit Ende der 90er-Jahre gängige Praxis informiert. Dabei war von 2 800 wo-

möglich auftragswidrigen Selektoren die Rede. Selektoren sind Suchbegriffe, mithilfe derer Datenströme durchforstet werden.

Das PKGr beauftragte daraufhin eine Task Force, die in der BND-Zentrale in Pullach Nachforschungen betrieb. Sie fand heraus, dass erheblich mehr als die genannten 2 800 Selektoren zum Einsatz gekommen waren. Einem Bericht des Magazins Focus zufolge soll das Kanzleramt im Übrigen bereits seit 2008 Bescheid gewusst haben.

Der PKGr-Vorsitzende André Hahn (Linke) sagte am Mittwoch, er könne den jüngsten Bericht nicht bestätigen, unter anderem, weil es sich um geheime Vorgänge handele. Er fügte allerdings hinzu: „Es ist nicht Aufgabe des BND, deutsche Diplomaten auszuforschen. Das ist klarer Rechtsbruch.“ Hahn will sich nach eigenen Worten „an die permanenten Skandale nicht gewöhnen“. Am Nachmittag sollte die Task Force dem Gremium einen ersten Zwischenbericht über die Recherchen in Pullach geben.

Linksfraktionschef Dietmar Bartsch erklärte, er könne sich nicht vorstellen, dass BND-Chef Schindler noch bis zum Pensionsalter im Amt bleibe. Schindler ist 63 Jahre alt. Der grüne Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss, Konstantin von Notz, betonte, man werde in der BND-Affäre um Rücktritte nicht herumkommen.

Der außenpolitische

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Niels Annen, sagte der Berliner Zeitung: „Die erneuten Vorwürfe gegen den BND sind schwerwiegend und deuten nicht nur auf mangelnde politische Steuerungsfähigkeit, sondern auch auf massives organisatorisches Versagen hin. Die Vorwürfe müssen unverzüglich aufgeklärt und mögliche Rechtsverstöße geprüft werden.“ Die Bundesregierung will den Vorwürfen angeblich umfassend nachgehen. Dies geschehe im Kontakt mit dem BND, kündigte die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz an. Die zuständigen Kontrollgremien des Bundestags würden über alle Erkenntnisse informiert.

Sie fuhr fort: „Im Auftragsprofil des BND ist die politische Ausspähung von Partnerstaaten nicht vorgesehen.“ Der Satz von Kanzlerin Angela Merkel „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“ gelte nach wie vor. Keinerlei Veranlassung gebe es indes, über Schindlers Zukunft zu spekulieren, so Wirtz. „Herr Schindler genießt das Vertrauen der Bundesregierung.“

Für das Auswärtige Amt erklärte dessen Sprecher Martin Schäfer, deutsche Diplomaten wüssten, dass sich andere für ihre Tätigkeit interessierten und träfen entsprechende Vorkehrungen. Doch: „Niemand im Auswärtigen Amt würde erwarten, vom BND abgehört zu werden.“